

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Bezirksvertretung 6 (Chorweiler)	

### **Wohnen, Umwelt und Verkehrsbelastung im Kölner Norden**

Die SPD-Fraktion im Stadtbezirk Köln-Chorweiler hat sich mit folgender Anfrage an die Verwaltung gewandt:

*„Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,*

*Die betroffenen Bürger haben sich mit einer Bitte an die SPD-Fraktion gewandt und fordern, die von ihnen geäußerten Sorgen ernst zu nehmen und für eine gesunde und sichere Umwelt zu sorgen.*

*Die im Bereich des Geestemünder Straße aufgetretenen Störungen im Industriepark haben gezeigt, dass die Sorgen der Bürger berechtigt sind:*

*Brand in der Recyclingfirma GVG am 27. Juli 2012.  
Austritt von Vinylchlorid am 08. August 2012.  
Staub- und Lärmimission durch ein Bauschuttrecyclingfirma.*

*Die Störungen wurden von den Verantwortlichen mit Aussagen wie: es bestand für die Bevölkerung keine Gefahr – aber es hieß auch es sollten Fenster und Türen geschlossen bleiben.*

*Wie lassen sich diese Aussagen mit dem Geschehen verbinden?  
Wann erhalten die Bürger einen umfassenden Bericht über die Geschehnisse?  
Wer analysiert die Bodenbelastungen, die Belastungen des Grundwassers, den Verbleib des Löschwassers und die Belastungen der Luft?*

*Wir, die SPD-Fraktion fordert, lückenlose Aufklärung über den Hergang der „Pannen“  
Außerdem sollte ein Warnsystem entwickelt werden, welches mit Lautsprecherinformationen und Sirenenwarnungen die umliegende Bevölkerung warnen und informieren kann.*

*Außerdem mahnen wir die Umsetzung eines Verkehrsleitsystems für den LKW- und Schwerverkehr an.*

*L. Heinrich  
Fraktionsvorsitzende*

*Alfred Becker  
Stellv. Fraktionsvorsitzender“*

### **Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:**

#### Brand bei der Fa. GVG und Austritt von Vinylchlorid

Ob bei Bränden oder sonstigen Störfällen, wie z.B. dem Austritt von Stoffen eine Gefahr für die Be-

völkerung besteht, kann erst beurteilt werden, wenn die Ergebnisse von Messungen bzw. von Analysen vorliegen. Bis diese Ergebnisse vorliegen wird die Bevölkerung - vorsorglich - aufgefordert, Türen und Fenster geschlossen zu halten und sich nicht im Freien aufzuhalten. Ob diese Maßnahmen tatsächlich erforderlich waren oder - wie bei den angesprochenen Störfällen bei der Firma GVG und dem Austritt von Vinylchlorid - die Messungen und Analysen zu dem Ergebnis kamen, dass keine Gefahr bestand, steht erst im Nachhinein fest. Insoweit besteht zwischen der vorsorglichen Aufforderung und der nachträglichen Feststellung, dass keine Gefahr bestanden habe, kein Widerspruch. Hierzu wird ergänzend auf die Mitteilung der Berufsfeuerwehr in der Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler am 08.11.2012 unter TOP 10.2.4 (Session-Nr. 3222/2012) verwiesen

Sowohl bzgl. des Brandes bei der Firma GVG, als auch bezüglich des Austritts von Vinylchlorid wurde von der für die Überwachung beider Betriebe zuständigen Bezirksregierung Köln bisher kein Bericht vorgelegt. Daher hat die Verwaltung die Bezirksregierung um eine schriftliche Stellungnahme gebeten. Sobald diese vorliegt, wird sie der Bezirksvertretung Chorweiler als Mitteilung vorgelegt. Unabhängig davon hat selbstverständlich jeder Einwohner/jede Einwohnerin aufgrund des Umweltinformationsgesetzes das Recht, Einsicht in die Akten zu nehmen oder Auskunft von der Bezirksregierung zu verlangen.

Während die Klärung der Frage, ob durch einen Störfall der Boden auf dem Betriebsgrundstück belastet wurde der für die Überwachung zuständigen Behörde (hier: Bezirksregierung Köln) obliegt, ist das Umwelt- und Verbraucherschutzamt für alle Auswirkungen außerhalb des eigentlichen Betriebsgeländes verantwortlich. Daher werden von dort - soweit nicht bereits durch die Berufsfeuerwehr Köln durchgeführt - Luftmessungen veranlasst, Grundwassermessstellen beprobt und darüber hinaus sichergestellt, dass eventuell kontaminiertes Löschwasser zurückgehalten wird.

#### Warnsystem:

Die Stadt Köln verfügt über ein mehrstufiges System zur Warnung der Bevölkerung bei Schadensereignissen. Nachdem der Bund Anfang der 1990er Jahre seine Zivilschutzsirenen abgebaut hat, hat die Stadt Köln Mitte der 1990er Jahre begonnen, moderne Sirenen nach Prioritätsstufen zu errichten. In der ersten Prioritätsstufe wurden Sirenen im Umfeld der chemischen Industrie aufgebaut, in der zweiten entlang des Rheinstroms. Zur Zeit erfolgt die Planung der letzten Stufe, um dann auf ein flächendeckendes Sirenennetz in Köln zurück greifen zu können.

Weite Teile des Kölner Nordens sind schon seit Ende der 1990er Jahre mit Warnsirenen erreichbar. Zuletzt wurden diese Sirenen, neben den regelmäßigen Probealarmen, bei dem INEOS Großbrand 2008 ausgelöst.

In engen zeitlichen Zusammenhang mit der Auslösung der Sirenen erfolgt eine Radioinformation über das Schadensereignis und das richtige Verhalten der Bevölkerung. Hierbei kann die Leitstelle der Feuerwehr Köln unmittelbar auf das Programm von Radio Köln zurückgreifen. Bei Ereignissen am Stadtrand werden auch die Nachbarleitstellen informiert, damit die Informationen auch von den angrenzenden Lokalradio Stationen ausgestrahlt werden. Bei größeren Schadensereignissen wird das Lagezentrum im Innenministerium NRW alarmiert, um überregionale Warnungen über die Medien senden.

Ferner verfügt die Feuerwehr Köln über Lautsprecherfahrzeuge, mit denen vorbereitete Warntexte, aber auch Durchsagen über Mikrofon verbreitet werden können.

Das Informationssystem erstreckt sich auch auf Medien wie Internet, Facebook etc. Neue Entwicklungen von Warnmöglichkeiten wie Warnsysteme des Bundes, die SMS-Warnung usw. werden ständig verfolgt und bei Eignung in das städtische Warnverfahren einbezogen.

#### Verkehrsleitsystem für den Lkw-Verkehr:

Das von der anfragenden Fraktion geforderte Verkehrsleitsystem für den Lkw-Verkehr ist Gegenstand der Vorlage Lkw-Führungskonzept 2012 (Session-Nr. 1460/2012), die in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 30.10.2012 unter Tagesordnungspunkt 4.6 behandelt und dort zur Beratung

u.a. in die Bezirksvertretung Chorweiler verwiesen wurde.

Beschwerden über Immissionen der Firma B + R:

Wegen der in der Anfrage ebenfalls angesprochenen Staub- und Lärmimmissionen einer Bauschuttrecyclingfirma wird auf die als Anlage beigefügte ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zu einer entsprechenden Anfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Nippes verwiesen.

Anlage: Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.04.2012  
„Bauschuttrecyclinganlage B & R“ (Session-Nr.: 1734/2012)